

*Dokumentiert:*

*Rede von Elvira Högemann vom Kölner Friedensforum bei der Mahnwache „Das Gebot der Stunde: Gemeinsame Sicherheit und Abrüstung. Keine Waffenlieferung an die Ukraine!“ am 16.02.2022*

Die Zeichen stehen auf Verhandlung, das ist gut. Ein knapp 3-wöchentlicher Albtraum – dass in den nächsten Tagen ein russischer Angriff auf die Ukraine unmittelbar bevorsteht – scheint gebannt.

Täglich, stündlich immer dieselbe Meldung, sogar mit Zeitangaben: vor/nach/während der Olympiade und schließlich definitiv: Am 16. Februar ist Kriegsbeginn. Krieg in Europa, Krieg der NATO-und EU-Verbündeten mit Russland – ein Albtraum.

Bevor wir uns jetzt zurücklehnen - „iss ja noch mal gutgegangen“ - sollten wir erst einmal nachfragen, was eigentlich passiert ist. Wir haben eine Medienkampagne erlebt, die das publizistische Vorfeld des Kosovokrieges, des Irakkrieges, des Libyenkrieges weit in den Schatten stellt. Selber Journalistin, kann ich nur sagen: Es ist eine Schande für den ganzen Beruf, was sich da in unseren Medien abgespielt hat. Vergessen das elementare Handwerkszeug: eine Nachricht auf ihre Stichhaltigkeit prüfen, die Faktenlage, die Verlässlichkeit der Quelle, bei Unklarheiten nachfragen, mindestens, oder Zweifel anmelden.

Zweifel gab es keine.

Die Quelle war der Präsident der USA, der sich auf geheime und bis heute geheim gehaltene Informationen seiner Geheimdienste beruft. Das hatten wir schon, im Vorfeld des Angriffs auf den Irak 2002, damals mit vom US-Geheimdienst erarbeiteten Beweisen, die sich im Nachhinein als gefälscht herausstellten.

Aber die Fakten! Der russische Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze, Manöver auf russischem Gebiet und in Belarus. Ja, da zeigt jemand seine militärische Stärke, man kann das als Drohung auffassen, trotz der täglichen russischen Dementis, es gebe keinen Angriffsplan oder Angriffsvorbereitungen auf eigener Seite. Ausgeblendet dabei im westlichen Bedrohungsszenario einige andere Fakten: die ständige Präsenz von NATO-Soldaten an der russischen Grenze im Baltikum, in Polen und neuerdings auch in Rumänien, NATO-Manöver mit einigen zehntausend

weiteren Soldaten und schwerem Gerät an diesen Grenzen, in der Ostsee und im Schwarzen Meer.

Defender 2020 und 2021.

Gänzlich unerörtert blieb die tatsächlich bedrohliche Frontlinie innerhalb der Ukraine, im Osten, wo sich Truppen von Donezk und Lugansk und ukrainische Regierungstruppen direkt gegenüber stehen. Der Waffenstillstand, vor sieben Jahren beschlossen und mithilfe der OSZE aufrechterhalten, ist ständig bedroht, vor allem, weil mit ihm – vor sieben Jahren – ein Maßnahmenplan verknüpft wurde, der einen Autonomiestatus von Donezk und Lugansk ermöglichen soll. Minsk 2. Bewegt hat sich in dieser Richtung nichts.

Jetzt endlich ist Minsk 2 wieder in der Öffentlichkeit angekommen. Die Damen und Herren in den Leitmedien könnten es in ihre Lageanalysen einbeziehen und sich fragen, was zu tun ist, damit es endlich umgesetzt wird.

Zu tun bleibt viel, das ist Sache der Politik. Buchstäblich hinter dem Rücken der medialen Kampagne ist es gelungen, den Gesprächsfaden aufzunehmen und zu dem jetzigen Entspannungspunkt zu führen. Gehandelt haben Biden (sogar als erster!), Macron, Scholz und – schrecklich, es zugeben zu müssen! – Putin. Noch aber haben wir nicht mehr als einen Anfangspunkt. Offen ist, ob es den westlichen Verbündeten gelingt, mit ernsthafter Anstrengung die ukrainische Regierung zu überzeugen, endlich die gesetzlichen Grundlagen für den Autonomiestatus im Osten der Ukraine zu schaffen. Also das von ihr unterschriebene Minsker Abkommen auch zu erfüllen. Es ist der einzige Weg, diesen Konflikt im Innern Europas zu entschärfen. Sollte er nicht beigelegt werden, wird er immer das Potential zu einem großen Krieg auf europäischen Boden in sich tragen. Wie schnell das gehen kann, davon haben wir gerade einen Vorgeschmack erfahren.

Es steht also mehr auf dem Spiel als die Ukraine allein. Sobald von Stabilität, Sicherheit, Frieden in Europa die Rede ist, stellt sich das Verhältnis zu Russland als Grundsatzfrage. Sicherheit ist nur als gemeinsame Sicherheit denkbar und durchführbar. Es gehört zu den Erfahrungen der letzten Wochen, dass das Papier, das die russische Regierung Anfang des Jahres dem Westen überreicht hat,

anfangs als Katalog unverschämter Forderungen abgetan und später dann gar nicht mehr erwähnt wurde. Es enthält, soweit es bekannt wurde, weitreichende Vorschläge für eine europäische Sicherheitsarchitektur sowie Angebote zu vertrauensbildenden sofortigen Maßnahmen, wie Telefon-Hotlines, gegenseitige Informationen über Manöver, Truppenbewegungen u. Ä. Über letzteres möchte Biden mit sich reden lassen. Immerhin. Aber woran wir – in diesem Fall wir Europäer – vital interessiert sein müssen, ist eine langfristige stabile Lösung. Der Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur darf nicht wieder aus der Diskussion verschwinden. Dieses Ziel, für das sich die Friedensbewegung seit langem einsetzt, sollte aus den künftigen diplomatischen Verhandlungen nicht ausgeblendet werden. Im Gegenteil, der Bundesregierung sei ins Stammbuch geschrieben, dass dies die einzige vernünftige Lösung auf Dauer ist.